
Der deutsche Katholizismus und seine konstitutive Rolle im Demokratisierungsprozess Westdeutschlands nach 1945

Antonius Liedhegener

„Das Christentum, das alle Menschen vor Gott gleich werden ließ, wird sich nicht dagegen sträuben, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich werden.“ (Alexis de Tocqueville)

1 Einleitung: Fremde Demokratie auf deutschen Trümmern?

Demokratisierung in Deutschland nach 1945 – das betraf, obschon zunächst Bestandteil der gemeinsamen Grundsätze und Ziele der alliierten Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz, *de facto* recht bald nur die drei Westzonen. Während der östliche Teil Deutschlands seit der Vereinigung der KPD und SPD zur SED 1946 zunächst zunehmend autoritär und spätestens mit dem Übergang zum „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ im Juli 1952 wieder totalitär regiert wurde, begann im Westen mit dem Aufbau neuer politischer Strukturen in den Kommunen und den nach dem Willen der Besatzungsmächte erst neu zu errichtenden Ländern nach 1945 die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie. Im Zeichen der Blockkonfrontation entstanden so unter der Kontrolle der Westalliierten und der UdSSR zwei politisch, wirtschaftlich und seit den 1950er Jahren auch militärisch konkurrierende deutsche Teilstaaten. Offenkundig erfüllte nur die Bundesrepublik Deutschland mittels freier und fairer Wahlen, die Regierungsbildung durch demokratisch legitimierte Volksvertreter und eine auf Glaubens-, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit gegründete Öffentlichkeit weitestgehend jene notwendigen Kriterien, die ein demokratisches Regierungssystem kennzeichnen.¹

1 Vgl. zu diesen prominent etwa von Robert A. Dahl (1971) formulierten Kriterien die Einleitung dieses Bandes. Eine nennenswerte Beeinträchtigung bestand darin, dass die junge bun-

Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes im Mai 1949 begann somit das Experiment der zweiten deutschen Demokratie. Deren im Rückblick sicher außergewöhnliche Erfolgsgeschichte darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Experiment anfangs außen- wie innenpolitisch hochgradig gefährdet war.² Innenpolitisch wird dies schlagartig deutlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass große Teile des deutschen Volkes Adolf Hitler bereitwillig und aus innerer Überzeugung in eine Diktatur und einen Krieg gefolgt waren, die im millionenfachen Mord aus Rassenwahn, in Trümmerwüsten, ungezähltem Leid und der totalen Niederlage endeten.³ Angesichts der Tatsache, dass nur der militärische Sieg der Alliierten Deutschland von der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft abbringen konnte, wird man von einer Phase der ‚Öffnung‘ des totalitären Systems oder einer Phase der ‚Transition‘ der Macht von den alten politischen Eliten zu neuen, demokratischen Eliten im Sinne der jüngeren Transitionsforschung nicht sprechen können. Die westlichen Alliierten erklärten vielmehr die repräsentative Demokratie zunächst autoritativ zum einzigen „*game in town*“⁴ und kontrollierten die Auswahl des politischen Personals der ersten Stunde – ein abrupter, ja schockartiger Demokratisierungsimpuls von außen steht also historisch am Anfang der politischen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die Aufnahme dieses Impulses und die anschließend rasch durchlaufene, erfolgreiche Demokratisierung waren unter den Deutschen aber keineswegs voraussetzungslos, waren ihnen keineswegs nur gleichsam aufgestülpt. Wichtig und systematisch ertragreich ist es daher, die Frage zu stellen, warum diese zunächst extern angeleitete Demokratisierung in eine Konsolidierung führte, die die Bundesrepublik Deutschland zu einer der stabilsten Demokratien der Welt werden ließ, und dies nicht erst seit 1968/69. Es darf heute nämlich als Konsens der Forschung gelten, dass „die Demokratie in der Bundesrepublik schon in den 1950er Jahren stabile Wurzeln“⁵ schlug. Die Frage nach den Ursachen dieses „Politikwunders“ lenkt den Blick auf die deutschen Demokraten der frühen Nachkriegszeit,

desdeutsche Demokratie in ihren Souveränitätsrechten durch Besatzungsstatut und alliierte Oberaufsicht noch bis zum Inkrafttreten der Pariser Verträge 1955 erheblich eingeschränkt blieb.

- 2 Vgl. Schwarz, Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problemskizze zur Geschichte der Bundesrepublik, (1990).
- 3 Noch Anfang 1949 hielten rund 55 % der Deutschen den Nationalsozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt worden sei. Vgl. Merritt, Democracy Imposed: U. S. Occupation Policy and the German Public 1945–1949, (1995), 97. Vgl. außerdem Piel, Spuren der NS-Ideologie im Nachkriegsdeutschland, (1996), 155.
- 4 Linz und Stepan, Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-communist Europe, (1996), 5.
- 5 Schmidt, Das politische System Deutschlands: Institutionen, Willensbildung und Politikfelder, (2007), 467.

die Lehren, die sie aus dem Scheitern der Weimarer Republik zogen, und auf die Demokratisierungspotenziale der Nachkriegsgesellschaft.⁶

Im folgenden Beitrag wird die These vertreten, dass die Etablierung einer stabilen Nachkriegsdemokratie maßgeblich auch dem deutschen Katholizismus und einem Großteil seiner Eliten zu verdanken ist.⁷ Vor allem viele katholische Politiker machten den Erfolg der zweiten Demokratie zu ihrer Herzensangelegenheit. Im Folgenden soll anhand zentraler systematischer Kriterien der Konsolidierung junger Demokratien, d.h. der Errichtung verlässlicher politischer Institutionen (2. Abschnitt), der Routinisierung demokratischer Handlungs- und Entscheidungsabläufe (3.) und der Verbreitung demokratischer Einstellungen und Überzeugungen (4.)⁸, überprüft werden, wie und in welchem Umfang der deutsche Katholizismus zum Erfolg der zweiten deutschen Demokratie in der Gründungs- und Aufbauzeit beigetragen hat.⁹ Im Einzelnen wird es dabei um die Rolle von Kirche und Katholiken in den Parteigründungen der Nachkriegszeit, in Verfassungsgebung und Wirtschaftsfragen, um ihren Beitrag zur Etablierung bürgerschaftlicher Strukturen und ihr politisches Verhalten bei Wahlen und Regierungsbildungen und nicht zuletzt um ihre Bedeutung für die Entstehung demokratischer Einstellungen und insbesondere der diffusen politischen Un-

6 Vgl. *Prowe*, The ‚Miracle‘ of Political-Culture Shift. Democratization Between Americanization and Conservative Reintegration, (2001), bes. 451 und 455.

7 Damit wird die Perspektive bewusst über die verfasste katholische Kirche im engeren Sinne hinaus erweitert, denn der Anteil von Religion und Kirchen „an der Konsolidierung der Bonner Demokratie“ ist gerade „nicht auf simple Formeln einer kirchlichen ‚Einflussnahme‘ zu bringen“ (*Maier*, Die Kirchen, (1974), 500). Der weitere Gang wird zeigen, dass auch die von Spotts vertretene einfache Dichotomisierung in eine demokratiefreundliche Union auf der einen und undemokratische katholische Bischöfe auf der anderen Seite der historischen Komplexität nicht gerecht wird. Vgl. *Spotts*, Kirchen und Politik in Deutschland, (1976), 307–313.

8 Vgl. die Definition von „konsolidierter Demokratie“ bei *Linz und Stepan*, Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-communist Europe, (1996), 6. Vgl. dazu auch die Einleitung zu diesem Band. Für die Analyse des deutschen Falls weniger hilfreich erscheinen dagegen die ebenfalls von Juan J. Linz und Alfred Stepan vorgebrachten fünf Arenen demokratischer Konsolidierung, nicht zuletzt deshalb, weil sich diese analytisch nicht stringent an die hier zitierte Ausgangsdefinition der beiden Autoren anbinden lassen und weil sie die Rolle der Konsolidierung demokratischer Einstellungen und Überzeugungen in den Hintergrund treten lassen. Vgl. zur Rolle letzterer im Anschluss an Konzepte David Eastons und anderer unten Abschnitt 4.

9 Vgl. zum evangelischen Deutschland, das nach 1945 von einer deutlich anderen historischen Ausgangslage her agierte, den Beitrag von Michael Klein in diesem Sammelband. Auf Grund der stark divergierenden Forschungsstände zu beiden Kirchen und Konfessionen in der Nachkriegszeit sind vor allem quantitativ-vergleichende Aussagen über weite Strecken nicht möglich. Am ehesten gelingt dies noch anhand der verfügbaren, nach Art und Umfang selbst begrenzten Einstellungsdaten. Vgl. unten Abschnitt 4.

terstützung im Sinne David Eastons für die junge Bonner Demokratie gehen. In methodischer Hinsicht setzt dies die Kombination politikwissenschaftlicher und zeithistorischer Untersuchungsverfahren und Ergebnisse voraus. Einschlägige empirische Kenntnisse liefern vor allem die historische Parteien- und Wahlforschung, die politische Kulturforschung und die Katholizismusforschung. Dabei ist eingangs anzumerken, dass längst nicht alle der genannten Aspekte von der Forschung gleich gut aufgearbeitet sind. Gleichwohl soll versucht werden, im Blick auf die Ausgangsfrage einen Überblick zur Rolle des Katholizismus in der Konsolidierungsphase der bundesdeutschen Demokratie bis Ende der sechziger Jahre zu geben. Dazu bedarf es zunächst einer Vergewisserung der Ausgangssituation des deutschen Katholizismus nach 1945 (1.).

2 Die Ausgangslage im deutschen Katholizismus nach 1945

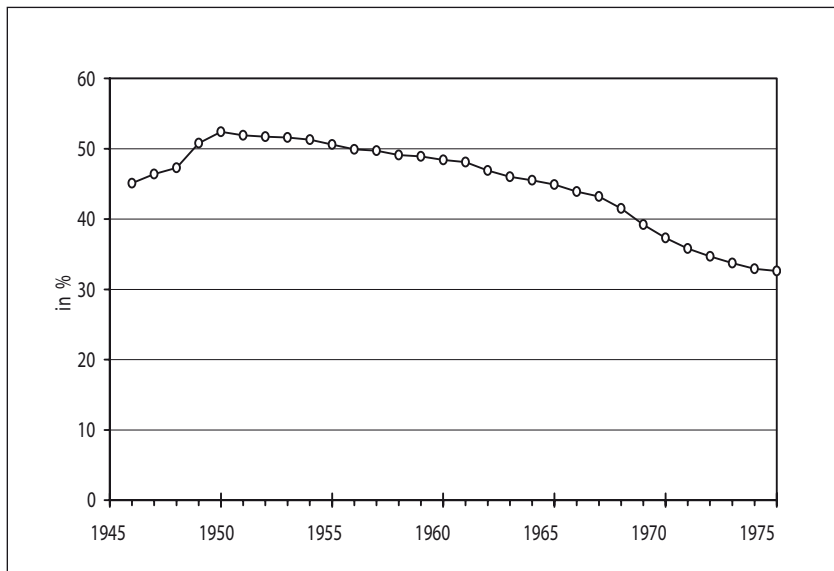
„Am Anfang war das katholische Milieu“.¹⁰ Entstanden im 19. und frühen 20. Jahrhundert im Konflikt mit den protestantisch-kleindeutschen Eliten des zweiten deutschen Kaiserreichs, hatte diese spezifische, von einem religiösen Fundamentalkonsens geprägte Sozialform der deutschen Katholiken den Totalitarismus des NS-Regimes im Kern überdauert. Trotz zahlreicher politischer Einschränkungen, partieller Verfolgungen und beachtlicher kircheninterner Verschiebungen¹¹ regten sich 1945 überall im katholischen Deutschland Kräfte der gesellschaftlichen Selbstorganisation und der Reorientierung. Oftmals schon in den ersten Nachkriegsmonaten und zum Teil gegen den Willen der Ortsbischöfe wurden vor Ort die katholischen Vereine und Verbände wiederbelebt. Von den Pfarreien und Vereinen wurden Schulungskurse über katholische Sozial- und Staatslehre abgehalten und politische Versammlungen einberufen.¹² Katholische Christen gehörten von

10 Bösch, *Die Adenauer-CDU: Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, (2001), 22.

11 So war das katholische Vereinswesen nach 1933 weitgehend verboten worden, zahlreiche politisch aktive Laien und Priester wurden Opfer politischer Verfolgung und politischer Morde, die Schar der kirchentreuen Katholiken war unter dem weltanschaulichen Druck des Regimes dezimiert und die Verbliebenen auf die Kirchenmauern zurückgedrängt worden, was der in der Weimarer Zeit unter deutschen Katholiken kaum populären „Katholischen Aktion“ einen gewissen Auftrieb verschafft hatte. Vgl. von Hehl, *Nationalsozialistische Herrschaft*, (1996), 38–39 und 139–140.

12 Vgl. Grypa, *Die katholische Arbeiterbewegung in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1963)*, (2000), 450–469; Liedhegener, *Katholisches Milieu in einer industriellen Umwelt am Beispiel Bochum. Strukturen und Entwicklungslinien 1830–1974*, (1996), 584–589.

Abbildung 2 Kirchenbesuch unter Katholiken 1949–1972 (Kirchgänger in Prozent aller Katholiken)



Bemerkung: Kirchgang an durchschnittlichen Zählsonntagen in Prozent aller Katholiken.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Kirchliches Handbuch, diverse Jahrgänge (Katholikenzahlen für 1950 bis 1967 anhand von Volkszählungsdaten und Fortschreibungen korrigiert).

Anfang an zu jenen, die sich für einen demokratischen Neuanfang engagierten und an der Neugestaltung des deutschen Parteiensystems mitwirkten.¹³

Vor allem aber hatten die Bistümer und die meisten Pfarreien und damit die katholische Kirche als Institution der deutschen Gesellschaft die zwölf Jahre der NS-Diktatur weithin relativ unbeschadet überstanden. Die katholische Kirche war damit eine der wenigen Institutionen, die in der Zusammenbruchsgesellschaft eine Kontinuität in die Zeit vor 1933 aufwies.¹⁴ Zudem galt sie bei den Alliierten wie unter den Zeitgenossen in noch stärkerem Maße als die vom Kirchenkampf gezeichneten evangelischen Landeskirchen als politisch unbelastet. Bevor die katholische Kirche und vor allem das Papsttum wegen ihrer Rolle im Nationalso-

¹³ Ausführlicher dazu in Abschnitt 2.

¹⁴ Vgl. *Blessing*, „Deutschland in Not, wir im Glauben ...“. Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949, (1989), 60–71 und 109.

zialismus in den 1960er Jahren ins Fadenkreuz der öffentlichen Kritik gerieten, wurde die katholische Kirche von den Zeitgenossen der Nachkriegsjahre daher meist als „Siegerin in Trümmern“¹⁵ gesehen. Quasi automatisch erhielten Bischöfe und Pfarrer bei der Bewältigung der Alltagsnöte und im Umgang mit den Besatzungsmächten auch eine politische Schlüsselstellung. Vor allem auf lokaler und regionaler Ebene fungierten sie anfangs als Bindeglied zwischen der Bevölkerung und den Besatzungsmächten.

Darüber hinaus zeigte sich in den ersten Nachkriegsjahren für die katholische Kirche ein religiöser Aufschwung, der zwar nur bis in die frühen fünfziger Jahre anhielt, aber gleichwohl die sozialstrukturellen Grundlagen des katholischen Milieus mittelfristig noch einmal stärkte und festigte. Die große Zahl der Katholiken im Westen Deutschlands und die hohe Kirchlichkeit unter ihnen in der unmittelbaren Nachkriegszeit und während der Gründungsjahre der Bundesrepublik waren eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass das katholische Milieu als intermediäre Größe seine Rolle im bundesdeutschen Demokratisierungsprozess einnehmen konnte (vgl. Abb. 2 und unten Abschnitt 3).

Gerade unter den deutschen Bischöfen bedeutete diese Ausgangslage der ersten Nachkriegsjahre aber keineswegs automatisch eine Hinwendung zur Demokratie. Sie interpretierten die NS-Schreckensherrschaft wie auch viele evangelische Theologen¹⁶ als einen Abfall vom rechten Glauben, als eine direkte Folge der Säkularisierung Deutschlands. Für manche von ihnen lagen die „gottlose“ Weimarer Republik und der Nationalsozialismus gleichsam auf einer geistesgeschichtlichen Linie.¹⁷ Die Idee der Demokratie als gewaltenteiliger Herrschaftsform zum Schutz von Menschen- und Grundrechten und zum gewaltfreien Konfliktaustrag sowie die damit verbundenen politischen Ordnungsfragen kamen daher zunächst nicht primär in das Blickfeld der Bischöfe. Vielmehr wurde die Verchristlichung der Gesellschaft zum Leitbild der verfassten Kirche im katholischen wie im evangelischen Raum.¹⁸ Der Weg der katholischen Bischöfe – und damit eines wichtigen Segments der verbliebenen gesellschaftlichen Eliten in der Nachkriegszeit – in

15 Vgl. Köhler, Melis und Altherr, *Siegerin in Trümmern: Die Rolle der katholischen Kirche in der deutschen Nachkriegsgesellschaft*, (1998). Äußerst vielschichtig sind mittlerweile die Debatte und Literatur um die Rolle der katholischen Kirche im Nationalsozialismus und deren moralische Bewertung. Vgl. zu Geschichte und Deutung der Kontroversen Hummel, *Gedutete Fakten: Geschichtsbilder im deutschen Katholizismus 1945–2000*, (2007).

16 Vgl. dazu den Beitrag von Michael Klein in diesem Sammelband und die dort zitierte Literatur.

17 Vgl. Lönne, *Katholizismus 1945: Zwischen gequälter Selbstbehauptung gegenüber dem Nationalsozialismus und Öffnung zur pluralistischen Gesellschaft*, (1995), 754.

18 Vgl. Greschat, „Rechristianisierung“ und „Säkularisierung“. Anmerkungen zu einem europäischen interkonfessionellen Interpretationsmodell, (1990); Schildt, *Nach der Katastrophe: Neuorientierung in Kirche und Gesellschaft*, (1999), 23.

die Demokratie war zunächst also keineswegs sicher;¹⁹ aber er wurde, wie zu zeigen ist, letztlich doch beschritten.

Eine Brücke bot die katholische Sozial- und Staatslehre. Bekanntlich hat erst das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) zu einer auch lehramtlich verbürgten positiven Würdigung der Demokratie geführt.²⁰ Die katholische Staatslehre vor dem Zweiten Vatikanum war aber keineswegs gänzlich inkompatibel mit einem demokratischen Regierungssystem.²¹ Insbesondere stützte das katholische Naturrechtsverständnis die Vorstellung, dass eine verfassungsstaatliche Demokratie nicht allein durch die freie und faire Wahl charakterisiert ist, sondern zwingend auf einen Grundbestand von letztlich moralisch fundierten Normen angewiesen ist. Nach katholischer Lehre war (und ist) eine legitime politische Ordnung auf die Wahrung der Freiheit des Menschen als einem Individuum in Gemeinschaft mit anderen verpflichtet. Legitime Herrschaftsausübung ist an Recht und Gesetz gebunden, dient der Wahrung und Förderung der Autonomie der jeweils kleineren Lebenskreise (Subsidiaritätsprinzip) und ist auf sozialen Zusammenhalt und einen gewissen sozialen Ausgleich hin ausgerichtet (Solidaritätsprinzip).

Noch entscheidender für die Zukunft der Demokratie in Deutschland war aber, dass sich in der politischen Praxis des deutschen Katholizismus schon seit den Tagen des Kaiserreichs eine Tradition entwickelt hatte, die auf ein Bekenntnis zur Demokratie als vorzuziehender Herrschaftsform hinauslief. Diese im weltkirchlichen Maßstab „Sondertradition“ des deutschen Katholizismus war parteipolitisch ausschließlich in der Zentrumsparterie verankert gewesen und prägte in der Weimarer Republik die Praxis vieler katholischer Abgeordneter und Verbandsmitglieder, insbesondere des deutschen Sozialkatholizismus.²² Die anhaltenden Debatten im Katholizismus der Weimarer Zeit um die Legitimität der Weimarer Republik zeigen aber, dass dieses Bekenntnis zur Demokratie katholischerseits noch kein Allgemeingut war. Jene Vertreter des Rechtskatholizismus, die sich vom Zen-

19 Vgl. mit zahlreichen, nach 1946 zunehmend kritischeren Einschätzungen der Rolle der verfassten Kirchen durch die amerikanische Militärregierung *Rupieper*, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1952, (1993), 334–354.

20 Vgl. mit weiterer Literatur *Liedhegener*, Macht, Moral und Mehrheiten: Der politische Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland und den USA seit 1960, (2006), 71–83.

21 Vgl. dazu zuletzt zusammenfassend *Uertz*, Vom Gottesrecht zum Menschenrecht: Das katholische Staatsdenken in Deutschland von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965), (2005).

22 Vgl. als Überblicksdarstellungen zum politischen Katholizismus vor 1933 *Rauscher* (Hg.), Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963, (1981); *Hürten*, Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800–1960, (1986); *Lönne*, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, (1986); *Schatz*, Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum. Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, (1986).

trum lossagten, teilten mit weiten Teilen des protestantisch-nationalen Spektrums die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie.²³ Aber auch die Zentrumspar-
 tei, die ihrer praktischen Verantwortung für die erste deutsche Demokratie im
 Großen und Ganzen bis in die Krisenjahre der Republik gerecht wurde, geriet
 programmatisch ins Straucheln, wenn es um die förmliche Bejahung der Demo-
 kratie als Herrschaftsform ging.²⁴ Die von den Demokraten im Zentrum nach 1918
 wiederholt geforderte explizite Festlegung auf die Republik wurde vom konser-
 vativen Flügel stets zurückgedrängt.²⁵ Symptomatisch waren die Abspaltung der
 monarchisch gesonnenen Bayerischen Volkspartei und der auf dem Katholiken-
 tag 1922 offen ausgetragene Streit zwischen dem Zentrumsdemokraten Konrad
 Adenauer, damals Oberbürgermeister von Köln, und dem Münchener Kardinal
 Faulhaber, der die Legitimität der Weimarer Republik in Frage stellte.²⁶ Demokra-
 tie als Herrschaftsform war in Weimar eben noch kein Grundkonsens, weder in
 der Gesellschaft allgemein noch in den Reihen des Katholizismus. Umso beacht-
 licher und zukunftsweisender ist das Zeugnis jener Männer und Frauen im Katho-
 lizismus, die für Demokratie, Verfassung und Freiheit aus innerer Überzeugung
 eintraten. Noch im Februar 1933, also im Angesicht der bereits einsetzenden na-
 tionalsozialistischen Gewaltherrschaft, erklärten die katholischen Anhänger der
 Republik in einem Wahlkampfauf-
 ruf:

„Deutsch ist, die Freiheit lieben, auch die Freiheit des Gegners achten und Gewalttä-
 tigkeiten nicht straflos lassen. (...) Deutschland darf nicht den Extremen ausgeliefert
 werden; weder rechts noch links. (...) Wir wollen die Erhaltung des Rechts im öffent-
 lichen Leben, die Heilighaltung des Verfassungsgesetzes, die Wahrung der staatsbürger-
 lichen und sozialen Grundrechte der Reichsverfassung.“²⁷

23 Vgl. *Gründer*, Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, (1984) so-
 wie *Klein* in diesem Band.

24 Vgl. die plausible Rekonstruktion der mentalitätsmäßig wie naturrechtlich verankerten
 Grundlinien der Zentrums politik jüngst bei *Ruppert*, Die weltanschaulich bedingte Politik
 der Deutschen Zentrumspar-
 tei in ihrer Weimarer Epoche, (2007), 49–97. Fragen von Demo-
 kratie und Demokratisierung kommen in dieser Perspektive gleichwohl nicht in den Blick.
 Um diesen Aspekt wäre das Bild sicher zu ergänzen.

25 Vgl. *Morsey*, Der politische Katholizismus 1890–1933, (1981), 22–24; 113–135; 154–158 und
 161–171.

26 Vgl. *Becker*, Christliche Demokratie in Deutschland, (2004), 82; *Roegel*, Adenauer und das
 Christentum, (2000), 79.

27 *Morsey* (Hg.), Katholizismus, Verfassungsstaat und Demokratie. Vom Vormärz bis 1933,
 (1988), (alle Sätze im Original hervorgehoben).

3 Die institutionelle Ausgestaltung und Konsolidierung der deutschen Nachkriegsdemokratie – der Beitrag des Katholizismus zu Parteien, Wirtschaftsordnung und Verfassung

Grundvoraussetzung für das Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie sind politische Parteien, die in der Lage sind, unterschiedliche Interessen der Gesellschaft zu bündeln und zu artikulieren, und die Etablierung eines Parteiensystems, das dazu beiträgt, friedlichen politischen Wettbewerb und stabile Regierungen hervorzubringen. Bekanntlich ist es gerade in der deutschen Parteienlandschaft nach Kriegsende zu wichtigen Neuanfängen gekommen, die zu den institutionellen Voraussetzungen des politischen Erfolgs der späteren Bundesrepublik gehören.²⁸ An diesen Neuanfängen hat der Katholizismus einen maßgeblichen Anteil.

In der Frage, welche Lehren aus dem Scheitern des Parlamentarismus in Weimar zu ziehen seien, setzten sich innerhalb des deutschen Katholizismus jene durch, die für einen politischen Neuanfang durch die Gründung einer interkonfessionellen Volkspartei im Sinne der Christlichen Demokratie eintraten.²⁹ Viele Zentrumsdemokraten der Weimarer Zeit zählten zu den Befürwortern und Mitbegründern der CDU und CSU, die sich schon ab Juni 1945 an verschiedenen Gründungsorten konstituierte, insbesondere in Berlin, München und Köln. Dieser Neuanfang trug den Erfahrungen des Scheiterns der demokratischen Kräfte in Weimar und der anschließenden Bedrängung und Verfolgung durch den Nationalsozialismus Rechnung. Die christliche Überzeugung von der Einmaligkeit und Unverletzlichkeit jedes Menschen als gottebenbildlicher Person und die christliche Vorstellung über die soziale Bezogenheit der Menschen auf- und untereinander wiesen ein hohes Maß an historischer Plausibilität und Überzeugungskraft auf und lieferten die Grundlagen der christlichen Demokratie. Die Tatsache, dass sich vor allem die CDU innerkatholisch relativ problemlos über jene hinwegsetzen konnte, die nach 1945 das Zentrum wiederbelebten³⁰, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die demokratische Sammlungsbewegung der Unionsparteien zu Anfang keineswegs ein politischer Selbstläufer war. Vielmehr verlangte

28 Vgl. Jesse, Die Parteien im westlichen Deutschland von 1945 bis zur deutschen Einheit 1990, (2001). Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die Rolle des Katholizismus in der Gründungsphase der Unionsparteien. Zum Parteienwettbewerb vgl. unten Abschnitt 3.

29 Vgl. Becker und Kleinmann (Hgg.), Lexikon der christlichen Demokratie in Deutschland, (2002), insbesondere die Beiträge Buchstab, 1945–1949, (2002); Kleinmann, 1949–1969, (2002).

30 Vgl. Schmidt, Zentrum oder CDU: Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, (1987).

die neue Partei den handelnden Politikern erhebliche Integrationsleistungen ab. Der Blick auf die entstehenden Landesverbände und ihre jeweiligen Prägungen um 1950 zeigt, dass die älteren regionalen und vor allem konfessionellen Gegensätze, die Deutschland seit den Tagen der Reformation so tief geprägt hatten, keinesfalls verschwunden waren.³¹ Hilfreich für die junge Volkspartei war sicherlich, dass sich auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik erstmals seit der Nationalstaatsgründung im 19. Jahrhundert ein annäherndes numerisches und kulturelles Gleichgewicht der Konfessionen eingestellt hatte sowie ehemals konfessionell relativ homogene Räume durch Flucht und Vertreibung religiös-konfessionell pluraler geworden waren.³² Förderlich war auch der lange wirtschaftliche Aufschwung, der ab 1951/52 die politische Konsolidierung der Bundesrepublik Deutschland unterstützte. Von entscheidender Bedeutung aber war – je länger, desto mehr – Konrad Adenauer. Wie kein anderer vermochte er es, den politischen Kurs der neuen Partei und mit ihr den der jungen Bundesrepublik zu bestimmen.

Adenauer kam diese Führungsrolle auch und gerade innerhalb des Katholizismus zu. Dies zeigte sich insbesondere in der Frage der zukünftigen Wirtschaftsordnung Deutschlands, die zu den am heftigsten diskutierten Grundsatzentscheidungen der Nachkriegszeit gehörten, die in den Reihen des Katholizismus (wie in denen der Unionsparteien) erörtert wurden. Anknüpfend an das ordnungspolitische Konzept einer ‚berufsständischen Ordnung‘, das in der Vorkriegszeit vor allem durch die Sozialenzyklika Pius XI. „*Quadragesimo anno*“ von 1931 virulent geworden war, bevorzugten in der unmittelbaren Nachkriegszeit weite Teile des Katholizismus eine Wirtschaftsordnung, die wesentliche Bereiche der Produktion dem freien Markt entziehen und unter staatliche Lenkung stellen sollte. Im Ahlener Programm der CDU von 1947 fanden diese Vorstellungen ihren beredten Ausdruck, in der Forderung nach umfangreicher wirtschaftlicher Mitbestimmung auf dem Bochumer Katholikentag von 1949 ihren Nachklang.³³ Dass die politische Entwicklung real einen anderen Verlauf nehmen sollte, geht zunächst auf Ludwig Erhard und den wirtschaftsliberalen Flügel der Union zurück. Erhard vertrat mit Nachdruck und Geschick das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Die zusammen mit den westlichen Alliierten betriebene Einführung der Deutschen Mark (DM) im Juni 1948 erwies sich dabei als grundlegende Weichenstellung noch vor

31 Vgl. Bösch, Die Adenauer-CDU: Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, (2001), 21–72.

32 Die beiden großen Konfessionen hatten laut Volkszählung von 1950 einen Anteil von 51,5 % (evgl.) bzw. 44,3 % (kath.) an der Bevölkerung, die damals rund 50,3 Mio. zählte. Vgl. Braun, Demographische Umschichtungen im Deutschen Katholizismus nach 1945, (1977), bes. 13 und 20–21.

33 Vgl. Großmann, Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, 1945–1970, (1991), 380–382.

Religiöse Akteure in Demokratisierungsprozessen

Konstruktiv, destruktiv und obstruktiv

Leininger, J. (Hrsg.)

2013, X, 299 S. 8 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-19754-8